

Reinhard K. Sprenger

# Vom Untertan zum Souverän – der zukünftige Bürger und sein Staat

## Der mündige Bürger

Im Winter 2007 versammelten sich die Gesundheitsminister der EU im baden-württembergischen Badenweiler, um sich mit dem Essen zu befassen. Nicht etwa mit dem Essen der Ministerrunde, sondern vielmehr mit dem Essen jeden EU-Bürgers. Es galt, dessen Fettleibigkeit im wahrsten Sinne des Wortes zu Leibe zu rücken. Im beschlossenen Dreijahresplan heisst es: „Ziel ist es, dass sich bis zum Jahre 2010 zehn Prozent mehr Menschen der EU eine halbe Stunde am Tag sportlich betätigen. Ausserdem soll erreicht werden, dass 20 Prozent der Bürger täglich fünf Portionen Obst und Gemüse essen. Zudem sollen 30 Prozent mehr Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Kantinen und Seniorenheime gesunde Mahlzeiten anbieten.“

Was sich an der Oberfläche freundlich und fürsorglich anhört, lässt darunter ein Menschenbild anklingen, an dem sich das Verhältnis zwischen Bürger und Staat entscheidet. Die zentrale Frage lautet: *Wie schaut der Staat den Bürger an?*

Vom Untertan zum Souverän – der zukünftige Bürger und sein Staat **11**



Zur Illustration biete ich einige blicklenkende Alternativen: Ist der Bürger in der Lage, seinen eigenen Weg zu gehen – oder glaubt der Staat, ihm diesen Weg vorzeichnen zu müssen? Ist dem Bürger zu vertrauen, dass er sein Leben einigermaßen selbstbestimmt führen kann – oder ist ihm diesbezüglich zu misstrauen? Muss man die Sozialsysteme an die Lebensentwürfe der Bürger anpassen – oder sind, umgekehrt, die Lebensentwürfe der Bürger den Systemen anzupassen? Ist er ein Erwachsener, dem man Erwachsensein auch zutrauen muss – oder ist er ein Kind, das erzogen werden muss?

Selbst wenn man diese Polaritäten für überzeichnet hält, machen sie doch einen bedeutenden Unterschied. Die erste nimmt den Bürger, so wie er *ist*; die andere nimmt den Bürger, wie er sein *soll*.

Auf die eingangs genannte Ministerrunde angewendet: Man mag Sport und gesunde Mahlzeiten begrüßen, aber geht das den Staat etwas an? Kann man Gewicht und Gesundheit nicht einfach den Betroffenen überlassen?

Auf dem Portal des deutschen Reichstags steht: „Dem deutschen Volke“. Ja, der Staat war einst für den Bürger da. Er war ein Staat, der das Leben der Bürger schützte, die äussere und innere Sicherheit garantierte. Ein Rechtsstaat, der weitgehend neutral gegenüber den persönlichen Lebensentwürfen seiner Bürger war.

Das hat sich geändert. Heute, so scheint es, ist der Bürger für den Staat da. Der Staat – und wenn ich Staat sage, dann meine ich vorrangig die Politik, aber auch die Verwaltungsbürokratie – dieser Staat hat sich verselbstständigt, er hat sich mit Macht- und Beherrschungswillen gepaart, er will den Bürgern eine bestimmte Lebensführung vorschreiben. Und er will *direkte* Formen des bürgerlichen Engagements möglichst verhindern.

Vielleicht ist das der heikelste Punkt in dem Verhältnis zwischen Bürger und Staat: das tiefe *Misstrauen* der Politik gegen-





über dem aktiven engagierten Bürger. Die tatsächliche Existenz von einigen terroristischen Aktionen etwa von islamistischen Fundamentalisten bestätigt den Staat in seinem Misstrauen gegenüber *allen Bürgern*. Sie gelten ihm zum Vorwand, den unbeobachteten Bewegungsraum der Bürger einzuschränken, Telefonate abzuhören, öffentliche Plätze per Video zu überwachen, Kontobewegungen zu überprüfen, langsam und kaum merklich den Bürger „gläsern“ zu machen. Die tatsächliche Existenz von einigen Wirtschaftskriminellen bestätigt den Staat in seinem Misstrauen gegenüber *allen*. Was ihm zum Vorwand gilt, die Wirtschaft über Regelungen und Vorschriften immer mehr an die Kandare zu nehmen. Die tatsächliche Existenz von einigen Sozialfällen bestätigt den Staat in seinem Misstrauen gegenüber *allen*. In anderen Ländern – z. B. den USA – anerkennt man: *Einige* können ihr Leben nicht selbst regeln. In Deutschland glaubt man: *Alle* können es nicht. Wichtig ist: Der Staat vertraut weder dem Bürger noch seinen eigenen Gütern und Dienstleistungen. Er vertraut nicht einmal dem „Angebot“, das er den Menschen macht, sonst würde er es ihnen zur Wahl stellen. Stattdessen zwingt er sie, es zu kaufen.

Vor dem Hintergrund der NS-Zeit hat man den Zugriff des „Volkes“ auf die Politik in extremer Weise gefiltert. Mit zusammengekniffenen Augen schaute man auf jede auch noch so vorsichtige Form von „direkter“ Demokratie. Das Direkte, das ist das Unberechenbare, das grundsätzlich Fehlerhafte. Nicht einmal die direkte Wahl der politisch schwachen Figur des Bundespräsidenten traut man dem vorgeblichen „Souverän“ zu. Vor Volksabstimmungen sind riesige Hürden gebaut – und wenn Plebiszite vorgeschlagen werden, dann nur in Fragen, für die die Politik keine parlamentarische Mehrheit bekommt.

Deutschland ist mithin eine der wenigen westlichen Demokratien, in der keine Staatsgewalt allein vom Volk bestimmt wird. Die Regierung wird vom Parlament gewählt, das Verfas-



sungsgericht ebenfalls, und wer im Bundestag sitzt, das bestimmen zu einem guten Teil die Parteien mit ihren Listen: Nur die Hälfte der Abgeordneten wird direkt von den Bürgern gewählt.

Die EU bestärkt dieses Misstrauen gegenüber dem Bürger vor allem nach den misslungenen Verfassungsabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden. Seit dem scheint Brüssel nur noch ein Ziel zu haben: die Verhinderung der direkten Demokratie. Überall wird das misstrauig hingenommen, nur in Deutschland wird das als Tugend verkauft. Kreuzbrav nicken die meisten, wenn ihnen die Politiker erklären, wieso sie nicht gefragt sind und wieso das gut sei.

Zur Angst vor dem Bürger mischt sich Verachtung. Der Staat respektiert nun kaum mehr das Wollen des Bürgers, sondern will selbst etwas. Er ruft dem Bürger zu: „Ich weiss, was für dich gut ist!“ Er hat eine Idee vom guten Leben und will sie durchsetzen. Der Mensch könne und müsse verändert werden, verbessert, veredelt werden. Sein Wollen wird durch das *Sollen* ersetzt. Er soll: nicht rauchen, nicht trinken, nicht dick sein, nicht auf Konsum verzichten, nicht Autos fahren, die älter als neun Jahre sind, nicht kinderlos sein, nicht ins Rockkonzert gehen, sondern in die Oper (deshalb wird die Oper subventioniert, das Rockkonzert aber nicht), er darf nicht einmal sterben, wie er will ... Diese Liste liesse sich nahezu endlos fortführen.

## Der autoritäre Staat

Dieses Verhalten des Staates kann man als „sanften Terror“ bezeichnen. Der Bürger ist offenbar nicht in der Lage, eine eigene Idee vom guten Leben zu entwickeln und gemeinsam mit anderen umzusetzen. Wem dabei das Wort „sanfter Terror“ zu ruppig ist, der mag es durch sprachliche Weichspülungen ersetzen: „geistige Orientierung“ heisst es dann, die die Politik dem Bürger



geben müsse, oder „Förder“-Massnahmen, ohne die er offenbar nicht überleben kann. Da soll die Sparneigung der Deutschen „gebrochen“ werden, die Kauflust „stimuliert“. Beliebte sind das „Aktivieren“ oder das „Gestalten“, natürlich „sozialverträglich“. Oder aber die „Reform“, die ja – wie das Wort schon sagt – „formen“ will. In diesen mehr oder weniger freundlich klingenden Umschreibungen wird sichtbar, dass der Staat sein Tun zunehmend als *Erziehungsaufgabe* begreift.

Dieser Gesellschaftsentwurf basiert also nicht auf Menschen, wie sie sind, sondern wie sie sein sollen – was sowohl christliche wie sozialistische Strömungen gemeinsam haben, und ehemals auch nationalsozialistische.

Nun muss man nicht gleich zur Guillotine greifen, aber erst die Moderne hat die Steuerung oder „Regulierung“ des Lebens auf die Agenda gesetzt. Die Staatsauffassung hat seit dem 19. Jahrhundert Techniken der Lenkung entwickelt und den Bereich des Regierens ausgeweitet auf die Zone der individuellen Lebensführung. Der Staat heute unterscheidet immer weniger zwischen öffentlicher Sphäre und privaten Angelegenheiten. Er will eine Welt schaffen, die zu den Idealen der Staatslenker passt, nicht zu den Idealen der Bürger. Deshalb muss er den Bürgern möglichst viele Entscheidungen abnehmen und sie auf allen Wegen lenken und leiten. Der sich abzeichnende Staat in Deutschland lebt daher sehr weitgehend vom Entzug von Bürger-Souveränität, es ist ein Staat des volkspädagogischen Katheters.

Der französische Philosoph, Historiker und Soziologe Michel Foucault hat dafür den Begriff „Gouvernementalität“ geprägt: eine Weise, wie Menschen über Menschen regieren, der Staat über die Bürger, und wie die Bürger angehalten werden, sich selbst zu regieren. Er meinte damit Strategien, Taktiken und Kunstgriffe, von denen Behörden Gebrauch machen, um die Individuen an einem zuvor definierten Soll auszurichten. Warum?





Um auf diese Weise das allgemeine Wohl zu sichern und Übel fern zu halten, so lautet die Antwort.

Das ist das Einfallstor für jede Form staatlicher Einflussnahme – in der vorgeblichen Sorge um andere: die Schwachen, Unfertigen, Unklugen. Der Staat kontrolliert, ob wir unsere Kinder in die Schule schicken, bestimmt den Lehrplan und die Unterrichtsmittel. Er gibt die Bedingungen vor, unter denen Ehen geschlossen, geführt und wieder geschieden werden. Er möchte Diskriminierung verhindern und hebt kurzerhand das private Vertragsrecht sowie das Eigentumsrecht aus. Und weil der Staat glaubt, wir seien alle Kriminelle und sein Interesse an Steuereinnahmen stünde über dem Schutz der Privatsphäre, fordert er in der Steuererklärung für jeden Bagatellbetrag einen Beleg und nimmt sich das Recht heraus, in den Privatangelegenheiten der Bürger herumzuznüffeln.

Was wahrnehmbar ist, ist die zunehmende Respektlosigkeit gegenüber der Privatsphäre des Bürgers. Unter dem Vorwand der Steuerehrlichkeit mutiert dieser Staat zum Schnüffelstaat, und unter dem Vorwand des Gemeinwohls zum Bevormundungsstaat. In dieser Diagnose wird das Verhältnis des Staates zum Bürger deutlich: Viele Schwererziehbare und Halbkriminelle da draussen! Das ist der Blick, den der Staat auf den Bürger wirft.

Ob hinter einem staatlichen Eingriff wirklich das Interesse am sogenannten Gemeinwohl steckt, mag man mit Recht bezweifeln. Oft ist es schön maskiertes Machtkalkül, immer jedoch die Absicht, Wählerstimmen zu „kaufen“. Vielfach ist daher die Politik autistisch mit sich selbst beschäftigt. Immer klarer wird, dass Politik und Staat vor allem „selbstinteressierte“ Organisationen sind. Gemeinnützig ist, wie schon der Wirtschaftswissenschaftler Ludwig von Mises 1938 spottete, was die Regierung an der Macht hält.





## Das Steuerrecht als moralische Anstalt

Wenn der Staat die für einen Rechtsstaat unabdingbare Neutralität gegenüber den Werthaltungen der Bürger aufgibt – dann, ja dann fragt er danach, wie viel er dem Bürger abnehmen muss, um seinen Lehrplan umzusetzen. Das Lieblingsinstrument des Staates ist daher die Steuer – wie der Name schon sagt. Das definiert den Kernbereich des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat. Es geht um die Frage nach Freiheit und Eigentum.

Der Staat, der normative Ansprüche beim Bürger durchsetzen will, verfolgt grundsätzlich zwei Strategien: *Zwang* und *Verführung*. Beide Strategien will ich kurz erläutern.

Entscheidend ist zunächst die Frage, ob das Einkommen und Vermögen des Bürgers *primär* ihm selbst zusteht, oder primär dem Staat. In der Staatsquote drückt sich aus, welchen Anteil des Bruttoinlandproduktes der Staat kontrolliert, für seine Zwecke beansprucht und zentral verteilt. Wenn der Staat – wie in Deutschland – eine Staatsquote von 50% verordnet, dann sagt er: „Zur Hälfte muss ich dir die Entscheidung abnehmen, wie du dein Einkommen verwenden willst.“ Das ist konsequent: Geht man nämlich davon aus, dass der Bürger nicht weiss, was für ihn gut ist, dann lässt man ihm auch nicht die Wahl, sich für oder gegen einzelne Dienstleistungen zu entscheiden, die der Staat für ihn bereit hält. Man zwingt ihn, sie zu kaufen. Eben über Steuern. Und an der absoluten Höhe dieser Zwangsabgaben kann man ablesen, in welchem Maße dem Bürger eine selbstverantwortliche Lebensführung – und damit die Bürgerwürde – abgenommen wird. Man muss sich das klar machen: In Deutschland arbeitet der Bürger über ein halbes Jahr für die Finanzierung von Einrichtungen, die er nicht wählen oder abwählen kann und von denen zukünftig kaum eine adäquate Gegenleistung zu erwarten ist. Hätte man Ludwig Erhard vor nicht einmal 50 Jahren von einem Staat erzählt, der einen so hohen

Vom Untertan zum Souverän – der zukünftige Bürger und sein Staat 17



Teil des Bürgereinkommens verwaltet, er hätte nicht gezögert zu sagen: Dieser Staat ist totalitär.

Der Kontrast mit der Schweiz lässt das Verhältnis des Staates zum Bürger noch klarer werden. Während der Schweizer Bürger dem Staat widerwillig einen kleinen Teil seines Geldes abliefern lässt, lässt der deutsche Staat aus Grosszügigkeit dem Bürger einen noch kleineren Teil. Und so geht es beim viel gescholtenen schweizerischen Bankgeheimnis keineswegs in erster Linie um den eigenen finanziellen Vorteil, sondern es geht um ein anderes Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Das Bankgeheimnis verkörpert eine Staatsauffassung: Der Bürger ist nicht Untertan, sondern Souverän; der Staat ist nicht Obrigkeit. Die Schweiz ist deshalb ein Bürgerstaat. In Deutschland ist man Staatsbürger.

In einem Bürgerstaat wie der Schweiz ist Kontrolle gut, Vertrauen aber besser – was eine deutliche höhere Steuerehrlichkeit zur Folge hat. Der Schutz der Privatsphäre wird höher gewichtet als das Interesse des Staates an fiskalischer Vollabschöpfung. Der deutsche Wirtschaftsethiker Peter Koslowski hat dazu gesagt: „Das Steuerrecht des Staates steht, entgegen weit verbreiteten Anschauungen, nicht über dem Recht auf Privatheit.“ Wenn es aber der deutschen Politik gelingt, dem Bürger glauben zu machen, dass reiche deutsche Steuerhinterzieher unter dem Schutz des Bankgeheimnisse dafür verantwortlich sind, dass in Deutschland die Steuern hoch sind und dass deshalb die sog. Steueroasen ausgetrocknet werden müssen, dann sehen die deutschen Bürger nicht, dass sie sich ins eigene Fleisch schneiden: Wenn es keinen Steuerwettbewerb mehr gibt, kann die deutsche Politik die Steuerschraube anziehen, wie sie will – es gibt kein Entrinnen.

Ein weiterer Unterschied der Staatsauffassung mit Blick auf den Bürger ist jener zwischen „geben“ und „nicht nehmen“. Was sprachlich fast keinen Unterschied macht und in der finanziellen Konsequenz für den einzelnen Bürger auch auf dasselbe





herauslaufen kann, ist mit Blick auf die Freiheitsspielräume entscheidend. Ein Hochsteuerland wie Deutschland nimmt dem Bürger viel Geld weg und gibt es ihm teilweise wieder zurück – in Form von Sozialleistungen. Natürlich abzüglich der Kosten, die die Verwaltungsadministration selbst verursacht. Niedrigsteuerländer wie die Schweiz z. B. nehmen dem Bürger weniger Geld weg – und lassen ihm die Wahl, mit seinem Geld zu tun, was er will. Er wird nicht gezwungen, diese ohne jene Sozialleistung zu kaufen. Er ist frei – und das meint auch die Freiheit zum Verzicht. Will er jedoch nicht verzichten, muss er dort eben vieles aktiv bezahlen, was in Deutschland kollektiv abgeschöpft wird. Man kann an drei Fingern abzählen, in welchem Fall die staatliche Gegenleistung höher ist.

Doch selbst eine hohe Staatsquote lässt den vormundschaftsüchtigen Staat nicht ruhen. Er sagt: „Auch bei dem verbleibenden Rest deines Einkommens sollst du nicht frei entscheiden. Weil es dir an der richtigen Gesinnung mangelt, gebe ich dir gute Gründe, dich so zu verhalten, wie ich es für richtig halte.“ Der Bürger braucht Nachhilfe! Zum Zwang kommt dann die *Verführung*. So nimmt der Staat die Steuerpolitik beim Wort und steuert, was das Zeug hält. Überall sucht er nach „Stellschrauben“, mit denen er das naturhaft eigensinnige Verhalten der Bürger nachjustieren kann. Er belohnt dies und bestraft das, er begünstigt dieses Verhalten und erschwert jenes. Er kettet Ehepaare über den finanziellen Vorteil formal zusammen, bestraft aber das ungestempelte Zusammenleben. Er belohnt das Kinderkriegen, bestraft die Kinderlosigkeit – selbst wenn sie ungewollt ist. Er unterwirft bestimmte finanzielle Erträge einer konfiskatorischen Abgabelast, lässt aber andere ungeschoren. Autofahrern schenkt er Geld, wenn sie Diesel fahren oder ihre alten Autos abwracken, den Bauern Geld, wenn sie die Landwirtschaft aufgeben, Wohlhabenden Geld, wenn sie in den asiatischen Schiffsbau investieren. Oder in Flugzeuge. Rauchern

Vom Untertan zum Souverän – der zukünftige Bürger und sein Staat 19



Geld abzuknöpfen empfiehlt sich besonders, muss man bei einer gesellschaftlich derart randständigen Gruppe kaum mit Barrikadenkämpfen rechnen. Auch das schlechte Umwelt-Gewissen der Autofahrer lässt sich ausnutzen durch eine hohe Besteuerung des Benzins.

Das Steuerrecht als moralische Anstalt: Das Kosten-Nutzen-Kalkül des Bürgers wird durch den Lenkungs-Eingriff so verändert, dass sich das „umgeleitete“ Handeln wieder lohnt. Denn wer sein Verhalten an staatlichen Interessen ausrichtet, hat Steuervorteile. Wer das nicht tut, Nachteile. Wichtig ist: Absolute Steuerhöhe und Lenkungsinteresse arbeiten auf subtile Weise zusammen: Je höher die Steuerquote, desto größer auch die Wahrscheinlichkeit, dass der Bürger auf der Suche nach Abschreibungsmöglichkeiten der politischen Lenkung folgt. Wer sich aber nicht an staatlichen Interessen ausrichtet, verstößt damit zugleich gegen die eigenen Interessen. Er läuft gleichsam vor eine steuerliche „Schikane“. Je höher auch die Steuerquote, desto grösser auch der Wunsch, dem Steuerdruck auszuweichen. So hat es das deutsche Steuerunwesen geschafft, schätzungsweise 99 Prozent aller Deutschen zu kriminalisieren. Das ist die staatlich herbeigeführte Zerstörung der Aufrichtigkeit.

Diese Mechanik – die Unterwanderung der bürgerlichen Rationalität durch finanzielle Anreize – ist *das* Denk- und Steuerungsmodell unserer Gesellschaft überhaupt. Das ist auch genau die Formel, mit der der Staat die Allmacht über alle Lebenszusammenhänge an sich gerissen hat. Das Ziel: Diffamierung des Eigensinns, Gesinnungsnotigung.

Nun meinen manche, der Staat meine es ja nur gut. Das mag sein. Aber was gut ist, darf der Bürger nicht selbst entscheiden. Sind denn die Politiker gefeit gegen die Fallen, in denen sie die Bürger wännen? Machen sie denn mit ihren Subventionen und Abwrackprämien jeder Art nicht dasselbe, was sie unter dem Stichwort „perverse Boni für Banker“ gezeißelt haben? Weiss



nicht jeder Mensch selbst am besten, was gut und schlecht ist für ihn, was er will und was er nicht will? Ich empfinde die Attitüde der Ehrbarkeit und Selbstlosigkeit als widerwärtig, mit der der Staat mir mein Leben aus der Hand nehmen will.

Im Jahre 1836 notierte der Philosoph Sören Kierkegaard in sein Tagebuch, er war damals gerade dreiundzwanzig Jahre alt: „Man befürchtet im Augenblick nichts mehr als den totalen Bankrott, dem, wie es scheint, ganz Europa entgegengeht, und vergisst dabei die weit gefährlichere Zahlungsunfähigkeit in geistiger Hinsicht, die vor der Türe steht.“

Es wird höchste Zeit, dass die Gesellschaft die Augen öffnet, die aus Stolz über ihre Demokratie blind ist für das Fortwirken des Autoritären. Denn die scheinbare Vernunft gebietet, dass die Gemeinschaft dem Individuum Fürsorge in der Not schuldet. Dann aber schuldet auch das Individuum der Gemeinschaft das Bemühen, diese Schuld zu vermeiden. Dann darf man den Menschen schinden, bis er glücklich wird. Wollen wir das?



## Der Bürgerstaat

**Zunächst** brauchen wir dringend eine Diskussion, was des Staates ist und was nicht. Wer ist eigentlich der Eigentümer von Arbeit? Der Staat? Oder der Bürger selbst? Wer hat das Recht auf den Ertrag von Arbeit? Die Bibel sprach vom „Zehnten“ – also von einem steuerlichen Proportionaltarif von 10 Prozent. Mögen es 20 Prozent sein, im Extremfall gar 30 Prozent – das ist nachrangig. Aber wären das nicht Zielmarken, auf die moderne, individualisierte Gesellschaften sich zubewegen könnten? Wenn Menschen ein eigenes Leben leben wollen, dann bedeutet das auch: über ihr Geld, über den Ertrag ihrer Anstrengung selbst zu verfügen – und nicht von anderen verfügen zu lassen. Niedrige Steuern würden jedenfalls die Bereitschaft des Staates

Vom Untertan zum Souverän – der zukünftige Bürger und sein Staat **21**



signalisieren, der bürgerlichen Privatinitiative mehr Freiraum zu geben und sich auf wenige Funktionen zurückzuziehen.

**Zweitens** müssen alle Lenkungsnormen aus der Gesetzgebung abgeschafft werden, vor allem aus der Steuergesetzgebung. Wir müssen uns wieder auf den Gleichbehandlungsgrundsatz besinnen. Wer sich eigensinnig rational und damit selbstverantwortlich verhält, darf deswegen nicht gleich gegen die eigenen Interessen verstoßen. Er soll sich verhalten, wie er will – innerhalb der Gesetze natürlich, aber ohne steuerliche Nachteile zu haben. Das heißt: radikaler Umbau des Einkommensteuer-Systems; das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes ernstnehmen; den progressiven Steuertarif durch einen einheitlichen Steuersatz ersetzen. Aber Proportionalsteuer, damit sich niemand arm rechnen kann. Keine Privilegien, keine Ausnahmen, keine Steuerschlupflöcher. Dann ist das System einfach. Und einfach ist fair.

**Drittens** will ich mir als Bürger nicht vom Staat vorschreiben lassen, was das Gute ist und wie es zu unterstützen ist. Ich will *selber* Gutes tun – und auch das Gute *selber* bestimmen. Ich plädiere deshalb dafür, die Steuern zu subjektivieren – sie der Verteilungsentscheidung des Bürgers zu überlassen. Zumindest teilweise. Mag der Spitzensteuersatz sein wie er will – aber die Hälfte der Steuerzahlungen soll der Bürger selbst verteilen. Es funktioniert nicht, wenn wir von dem, was wir erwirtschaftet haben, nur bewusstlos etwas abgeben und in ein großes Loch schütten. Es muss eine Richtung haben. Es muss *für* etwas hergegeben werden. Etwas Konkretes – *diese* Schule, nicht irgendeine; *diese* Brücke, nicht irgendwo.

Die Steuern subjektivieren, dazu gehört letztlich auch: das Gefühl wieder zu beleben, dass es „unser“ Staat ist und der Staat Geld braucht, wenn er seine Aufgaben erfüllen will – wie groß, oder besser: wie *klein* diese Aufgaben auch immer sein mögen. Wir müssen dem Staat etwas „geben“ und das müssen wir per-



sönlich tun. Staatliches Geld-*Ausgeben* muss im Bewusstsein der Bürger wieder mit staatlichem Geld-*Einsammeln* verknüpft werden. Deshalb muss der Bürger dem Staat das Geld auch „physisch“ geben. Also: Keine automatische Abbuchung der Steuern vom Gehaltskonto.

**Viertens:** Ja, es gibt ein Heilmittel: die Macht des Bürgers. Er kann mit seiner Wahl verhindern, dass Politiker regieren, die sich selbst grössere Weisheit zuschreiben, als sie der Bürger besitzt. Er kann – aber er tut es nicht. Warum nicht? Das kann man als „rationale Ignoranz“ beschreiben. Wo das Gefühl herrscht, der Einzelne kann nicht viel bewirken, angesichts der schieren Grösse des Staatsapparates sei man zur Wirkungslosigkeit verdammt, da akzeptiert er das autokratische Regime, umgeht es oder beutet es aus, wo immer es geht. Und weiss natürlich, dass der Nachbar das auch tut. Auf Kosten aller anderen.

Wer also die Bürgerwürde reaktivieren will, der muss kleine Einheiten befürworten. Wir müssen das Kleine wieder beleben, das Lokale, die Nachbarschaft. Die Bürger vor Ort wissen am besten, was ihnen der lokale Umweltschutz wert ist. Sie wissen selbst am besten, was gefördert und was verhindert werden soll. Sie können sich selbst organisieren und verfügen über eigene Problemlösungskräfte. Konkret heisst das: möglichst viele National-Entscheidungen wieder zu Lokal-Entscheidungen umzuwandeln. Nicht alle Gestaltungsaufgaben muss man national regeln; lokale Belange können lokal gelöst werden. Für die EU bedeutet das: Rückübertragung eines Großteils ihrer Kompetenzen an die Mitgliedsstaaten. Und für die Mitgliedsstaaten bedeutet das: Rückübertragung ihrer Kompetenzen auf die Gemeinden.

Wenn es schon nicht mehr die Familie ist, dann ist es die Gemeinde, die Kommune, die kleine, allenfalls mittelgrosse Stadt – das sind die Kraftquellen der reichen, guten und freien Gesellschaft. Hier ist das anthropologisch Bewährte am Ort – das Nahe, die Nachbarschaft. An diesem Ort fällt es uns





leicht, etwas für andere zu tun – und uns dabei gut zu fühlen. Die Nächstenliebe zu leben – die Fernstenliebe überfordert uns. Hier können Probleme, die uns gemeinsam herausfordern, auch als gemeinsam zu lösende erlebt werden. Hier fallen Egoismus und Hilfe zusammen. Weil das wechselseitige Aufeinanderangewiesensein sichtbar bleibt. Jeder in der Gemeinde ist Genosse einer möglichen Zusammenarbeit. Die abstrakte Gegenüberstellung von Eigeninteresse und Gemeinwohl ist falsch, war schon immer falsch – aber hier, in der Gemeinde wird das für jedermann erlebbar.

Dazu gehört **fünftens** die schrittweise Wiedereinführung plebiszitärer Elemente in unsere Verfassung. Wenn wir wirklich wollen, dass der Bürger sich als mündig erlebt, dann muss er erfahren, dass er Einfluss hat, dass er mitwirken kann, dass er seine Selbstwirksamkeit reaktiviert. Dass das Gefühl der Selbstwirksamkeit wieder erweckt werden kann, zeigen uns täglich gute Pädagogen und auch viele Führungskräfte in der Wirtschaft, denen es um die Führung zur Selbstführung geht – und nicht um die Ausbeutung gelernter Hilflosigkeit, um sich unersetzlich zu fühlen. Wir brauchen wieder die Freiheit des Widerspruchs. Unsere Folgsamkeit muss ein Ende haben. Kämpfen wir um das Mitentscheiden. Lassen wir uns nicht länger Angst einjagen vor einer demagogischen Beeinflussung des Bürgers. Und wenn die Bürgerschaft meiner Stadt, Gemeinde oder Nachbarschaft sich für höhere Steuern aussprechen würde, dann würde ich das akzeptieren – und nicht nur zähneknirschend.

Nun, wie stehen die Chancen für eine solche Erneuerung der Bürgerwürde? Schlecht. Gerade aber in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise scheint es, als seien die Bürger modernitätsmüde und abdankungssüchtig geworden, voller Sehnsucht nach einfachen Bildern, kindlicher Geborgenheit und charismatischen Führern. Viele sehnen sich danach, wieder zur Schafherde mit einem guten Hirten zu werden. Der Gegensatz zwi-



schen Bürger und Staat möge doch aufgehoben sein. „Vater Staat“ soll es wieder richten.

Aber die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist nicht durch Marktversagen entstanden, sondern durch die Verquickung politischer Macht mit wirtschaftlichem Kalkül. Der amerikanische Staat griff mit billigem Geld massiv in den Wohnungsmarkt ein. Auf diese Art und Weise glaubte die amerikanische Politik, Stimmen kaufen zu können – auch das eine bezeichnende Weise, auf den Bürger zu schauen. Dass man jetzt den Brandstifter zum Feuerwehrmann macht, ist von so tragischer Komik, dass man fassungslos davor steht.

Greifen wir die Eingangsfrage noch einmal auf: Wie schaut dieser Staat den Bürger an? Der Philosoph und Ökonom John Stuart Mill schrieb einst: „Ein Staat, der die Bürger zu Zwergen macht, und sei es zu einem guten Zweck, wird eines Tages feststellen, dass sich mit kleinen Menschen keine grossen Dinge erreichen lassen.“ Ja, so ist es wohl. Aber es geht mir nicht um ein Entweder-Oder, sondern um ein Zuviel und ein Zuwenig. Der Staat muss das Private schützen, nicht durchlöchern. Ich bin der, der nichts anderes will, als dass mir irgendwelche anmassenden Politiker nicht in der Sonne stehen. Denn ein Zwang, mir als Bürger Ziele und Verhaltensweisen aufzudrängen, die die staatlichen Instanzen für besser halten – das ist und bleibt Anmassung. Und ich schäme mich, Bürger eines Staates zu sein, der gestohlene Bankdaten kauft, um seine Bürger damit zu kontrollieren und zu verfolgen. Es bedarf daher einer Neubesinnung, die das Verhältnis zwischen Privatem und Öffentlichem wieder ins Lot bringt. Die dem Privatbürger-Ich die Souveränität über das Staatsbürger-Ich zurückgibt. Wenn schon Weltverbesserung, dann eine, die sich an dieser Maxime orientiert: Lass mich in Ruhe!